

SPD, Grüne und Linke bleiben im Rat beim Nein zu Mehrklassen – Stadtelternrat appelliert vergeblich

# 96 Kindern bleibt Realschule verwehrt

Von Peter Bollig

**BIELEFELD (WB).** Die Haltung von SPD, Grünen und Linke zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten an den Realschulen zum kommenden Schuljahr blieb auch in der entscheidenden Ratssitzung hart. Selbst der Appell des Stadtelternrates blieb ungehört.

Damit steht jetzt fest: Die Empfehlung des Amtes für Schule, an der Luisen- und der Gertrud-Bäumer-Schule jeweils eine Mehrklasse einzurichten, damit zumindest einige Schüler mehr eine Realschule besuchen können, fiel bei der rot-grün-roten Koalition auf Ablehnung. Auch OB Pit Clausen lehnte bei der Abstimmung den Vorschlag seiner eigenen Verwaltung ab.

Damit finden im Sommer 96 Schüler, die dann die fünfte Klasse der Realschule besuchen wollten, an dieser Schulform in Bielefeld keinen Platz. 960 Kinder waren dort angemeldet worden.

Weil sechs der neun städtischen Realschulen mehr Anmeldungen als freie Plätze haben, müssen sich 210 Kinder eine andere Schule, fast 100 eine andere Schulform suchen. Allein die Luisenschule muss nun 83 Kinder abweisen. Weil Gymnasien fast (noch sechs freie Plätze) und Sekundarschulen komplett voll sind, bleibt ihnen vor allem die Gesamtschule als Alternative.

Um diese Schulform geht es der Koalition denn auch im Wesentlichen. Cim Kartal (Grüne): „Wir müssen die integrierten Systeme stärken.“ Dominic Hallau, Chef der Grünen-Fraktion, sprach vom Schulsystem, das aus dem Gleichgewicht geraten sei. „Es gibt Schulen, die Jahr für Jahr überfordert werden – sozial, pädagogisch, organisatorisch. Und es gibt andere, die sich dieser Verantwortung eher entziehen.“ Damit spielte er auf den offenen Brief der Gesamtschulleiter an, die die Praxis der Abschlussschulung insbesondere aus Realschulen an die Gesamtschulen beklagen, die zu „Restschulen“ würden, mit mehr Migranten, Lernschwachen und Verhaltensauffälligen.

Stärken will die Koalition auch schwächer nachgefragt



Nach dem Ratsbeschluss, auf Mehrklassen zu verzichten, muss allein die Luisenschule 83 Kinder abweisen. Insgesamt haben Bielefelds Realschulen im Sommer fast 100 Plätze weniger, als sich Kinder angemeldet haben.

Foto: Bernhard Pierel

te Realschulen in Außenbezirken. Miriam Welz (SPD): „Es gibt Bedürfnisse des gesamten Bildungssystems in Bielefeld.“ Nach dem Ratsbeschluss soll daher jetzt gezielter bei Eltern nachgefragt werden, warum sie bestimmte Schulstandorte bevorzugen, andere eher nicht. Der Antrag von CDU und FDP, die beiden Mehrklassen einzurichten, fiel durch.

Markus Kleinkes (CDU) sprach schon vorher von einer Entscheidung, die die Politiker „nicht stolz machen“ könne. Der Elternwille – die Maxime im Schulgesetz – werde von der Koalition mit Füßen getreten, der Schulkonsens aufgekündigt. „Sie fügen der Stadtgesellschaft Schaden zu.“

Gordana Rammert (Bürgerinnennähe), bezeichnete es als „Frechheit, Familien jetzt zu zwingen, eine Schulform auszuwählen, die sie nicht wollen“.

Jan Maik Schlifter (FDP) beklagte: Die Ideologie sei

zurück in der Schulpolitik. Die von SPD, Grünen und Linken behauptete Gefährdung von Schulstandorten wie die Bosse-Realschule sei nicht belegt. Die Koalition habe es geschafft, dass jetzt Rektoren der einen Schulform die Schließung von Schulen der anderen Schul-

**»Sie fügen der Stadtgesellschaft Schaden zu.«**

Markus Kleinkes (CDU)

form forderten, so Schlifter zum offenen Brief der Gesamtschulen, die die Schließung von Realschulen anmahnten – die derzeit meistgefragte Schulform in Bielefeld. Die Befragung von Eltern brauche es gar nicht, die habe es durch die Wahl der Schule bei der Anmeldung schon gegeben.

Mit ihrem „Nein“ zur Bildung von Mehrklassen, die die Platznot an den Realschu-

len im kommenden Sommer etwas abmildern sollten, gehen SPD, Grüne und Linke auch auf Konfrontationskurs mit dem Stadtelternrat. Der hatte appelliert, die von der Stadt empfohlene Erweiterung der Kapazitäten in den fünften Klassen der Luisen- und Gertrud-Bäumer-Schule umzusetzen.

Der Vorstand des Stadtelternrates hatte den Beschluss von SPD, Grünen und Linke zum Verzicht auf Mehrklassen im Schulausschuss „entschieden abgelehnt“: Ein wesentliches Argument der Koalition sei die Feststellung, dass jährlich etwa 100 bis 150 Schülerinnen und Schüler in den Jahrgängen 7 bis 9 von der Realschule auf die Gesamtschule oder Sekundarschule wechseln. Hieraus werde abgeleitet, dass es keinen Bedarf für zusätzliche Klassen an den genannten Realschulen gebe. „Diese Argumentation ist jedoch nicht haltbar. Es ist unmöglich, bei der Aufnahme neuer Fünft-

klässler bereits vorherzusagen, welche dieser Schülerinnen und Schüler in einigen Jahren die Schulform wechseln werden. Eine solche Annahme würde hellscheerische Fähigkeiten seitens der Schulleitungen erfordern und entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage“, schreibt der Stadtelternrat.

Weiterhin werde von der Koalition argumentiert, dass die Bildung von Mehrklassen den Bestand anderer Schulen gefährden könne. „Auch diese Aussage entbehrt einer fundierten empirischen Grundlage. Seitens des Amtes für Schule liegen keinerlei belastbare Zahlen oder Analysen vor, die eine Bedrohung der Existenz einzelner Schulen belegen würden.“ Entscheidungen dieser Tragweite auf bloßen Mutmaßungen und Befürchtungen zu basieren, „ist unverantwortlich und läuft dem Interesse von Eltern und Kindern zuwider“, so der Stadtelternrat.